



## Anfrage Jung Gerda und Mit. über eine Einberechnung der laufenden Steuern in das Existenzminimum

eröffnet am 21. Juni 2016

Wer als Schweizerin oder Schweizer betrieben wird, zahlt zwar Schulden ab, wird aber gleichzeitig gezwungen, sich jeden Monat neu zu verschulden. Schuld daran ist die Regelung, dass Steuern bei der Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums nicht berücksichtigt werden.

Überschuldete Haushalte brauchen Stabilität, um sich zu entschulden. Das aktuelle Pfändungssystem verhindert diese Stabilisierung. Zusätzlich trägt es zur Erhöhung der Überschuldung der betreffenden Haushalte bei.

Schuldensanierungen sollen dazu beitragen, Schulden zu tilgen und nicht gleichzeitig neue Schulden zu machen.

Die Berücksichtigung der aktuell laufenden Steuern im Existenzminimum bei gepfändeten Personen würde eine enorme Verbesserung für die betroffenen Personen bedeuten. Nebst der Schuldentrückzahlung könnten sämtliche laufenden Rechnungen beglichen werden. Mit der derzeitigen Situation ist es schwierig, aus der Schuldenspirale herauszukommen.

Aktuell läuft im Bund eine parlamentarische Initiative, mit dem Ziel, die laufenden Schulden im betriebsrechtlichen Existenzminimum zu berücksichtigen. Der Ausgang dieses Verfahrens ist aktuell offen.

Durch die fehlende Einberechnung der laufenden Steuern ins BEX können die betreffenden Personen keine Steuern zahlen, auch wenn sie dies möchten. Aus dieser permanenten Neuverschuldung herauszukommen, ist fast unmöglich.

Einige Kantone der Westschweiz haben sich bereits für das neue Verfahren entschieden oder sind in einem laufenden Verfahren.

Tatsache ist, dass gemäss Statistik der Anteil der Haushalte mit Steuerschulden mit der Dauer der Überschuldung erheblich ansteigt. Das derzeitige Pfändungssystem vermittelt den Eindruck, das Zahlen von Steuern sei nicht wichtig und damit auch keine Pflicht.

Die Schuldenberatung Schweiz fordert seit Jahren die Berücksichtigung der laufenden Steuern im betriebsrechtlichen Existenzminimum (BEX). Diese Massnahme ist für die Stabilisierung und Entschuldung von verschuldeten Personen notwendig.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat grundsätzlich die oben geschilderte Thematik?
2. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf zu diesem Thema?
3. Was unternimmt der Regierungsrat, um eine permanente Neuverschuldung von Personen durch die heutige Rechtslage zu verhindern?
4. Ist der Regierungsrat bereit, dem Parlament entsprechende Rechtsgrundlagen zuzuleiten?
5. Kann der Regierungsrat beurteilen, welche Steuererträge dem Fiskus jährlich aufgrund der aktuellen Situation entgehen?

Jung Gerda  
Eggerschwiler-Bättig Hedy  
Zurbriggen Roger  
Gehrig Markus  
Nussbaum Adrian

Wismer-Felder Priska  
Arnold Erwin  
Bucheli Hanspeter  
Roos Willi Marlis  
Piazza Daniel

Krummenacher-Feer Marlis  
Kottmann Raphael

Gasser Daniel  
Lipp Hans